

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE

### **Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren wie geplant auf 68 Stellen ausbauen**

Die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) sind ein wesentlicher Bestandteil der Bremischen Schullandschaft. Sie leisten einen wertvollen Beitrag bei der Diagnostik von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedarfen sowie bei der Bereitstellung von passgenauen Unterstützungsangeboten für diese Gruppe. Die Inklusion in Bremen wäre daher nicht ohne die Unterstützung durch die ReBUZ durchführbar. Außerdem kommt ihnen auch in der Aufnahme geflüchteter Kinder und Jugendlicher eine wesentliche Bedeutung zu, da bei ihnen die Expertinnen und Experten angesiedelt sind, die Traumatisierungen erkennen und in Hilfsangebote vermitteln können.

Ende 2013 war von der damaligen Senatorin für Bildung und Wissenschaft zugesagt worden, dass die ReBUZ aufgrund gestiegener Fallzahlen und neuer Aufgaben sukzessive von 48 auf 68 Stellen ausgebaut werden sollen. Dies sollte durch Umschichtungen im bestehenden Haushaltsplan realisiert werden. Diese Zusage wurde nun zurückgenommen, um stattdessen mit den vorgesehenen Stellen die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Die ReBUZ benötigen aber weiterhin die zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um auch zukünftig ihren vielfältigen Aufgaben nachkommen können. Daher ist es notwendig, sowohl die 20 weiteren Stellen in den ReBUZ einzurichten als auch zusätzlich die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die vier Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren wie zugesagt bis zur Zielzahl von insgesamt 68 Stellen (Vollzeitäquivalente) auszubauen und dies in die Haushaltsplanungen für die Jahre 2016/17 mit einzubeziehen.

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE